



Dieser Fragebogen ist für die institutionellen Akteure, die eine Einladung zur Teilnahme per E-Mail gemäss der Liste auf der Website [www.vs.ch/wallismorgen](http://www.vs.ch/wallismorgen) erhalten haben, reserviert. Für Organisationen die keine Einladung erhalten haben, kann ein Zugangscode per E-Mail an [constituante@constit.vs.ch](mailto:constituante@constit.vs.ch) angefordert werden. Der Fragebogen für die Öffentlichkeit ist auf [www.vs.ch/wallismorgen](http://www.vs.ch/wallismorgen) zugänglich. Der Fragebogen enthält 33 Fragen zu einer Vielzahl von Themen. Sie können wählen, ob Sie alle Fragen beantworten wollen oder nur diejenigen, die Sie am meisten interessieren, indem Sie bei den anderen das Kästchen "Keine Antwort" ankreuzen.

Sie können hier auch alle vom Plenum des Verfassungsrates im Herbst 2020 verabschiedeten Grundsätze einsehen. Es ist auch möglich, am Ende des Fragebogens eine allgemeine Bemerkung oder einen Kommentar zu anderen Grundsätzen abzugeben, die nicht Gegenstand einer Frage im Fragebogen sind. **ACHTUNG 1:** klicken Sie nicht auf "Absenden" bei der Eingabe Ihres Zugangscode, sondern erst, wenn Sie den Fragebogen ausgefüllt haben. Der Fragebogen erscheint automatisch, wenn Sie den Zugangscode eingeben.

**ACHTUNG 2:** Der Fragebogen wird nach 2 Stunden automatisch deaktiviert - nach dieser Zeit sind die Daten verloren.

A1.

Zugangscode zum FragebogenBitte geben Sie unten den Zugangscode ein, den Sie im Einladungsschreiben per E-Mail erhalten haben (*bitte Grossbuchstaben beachten*).

ConVer2113



**B1. Name der Organisation (*Antwort obligatorisch*)**

Verein Region Oberwallis



**C1. Präambel**

**Welchen der folgenden Vorschläge für die Einleitung der Kantonsverfassung (Präambel) bevorzugen Sie?**

Im Namen Gottes des Allmächtigen! Wir, das Walliser Volk, frei und souverän, ...

Wir, das Walliser Volk, frei und souverän, die wir an Gott glauben oder unsere Werte aus anderen Quellen schöpfen, ...

**C2.**

**Territoriale StrukturDer Verfassungsrat sieht vor, die derzeitigen 13 Bezirke durch eine territoriale Gliederung in 6 Regionen zu ersetzen, welche sich um die städtischen Zentren Brig-Glis, Visp, Siders, Sitten, Martinach und Monthey organisieren (ohne Einfluss auf das VS-Wappen). Befürworten Sie diese neue Gliederung?**

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein



C3.

**Gesunde Umwelt**Soll die Kantonsverfassung den Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons ein Grundrecht auf ein Leben in einer gesunden und harmonischen Umwelt gewähren? Ein solches Recht würde Einzelpersonen die Möglichkeit geben, ihre Interessen vor einem Gericht geltend zu machen. Es würde auch die Behörden verpflichten, dieses Recht auf Gesetzesstufe umzusetzen.

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein

C4.

**Schutz der Privatsphäre**Soll die Kantonsverfassung ein Grundrecht auf Schutz der Privatsphäre im digitalen Raum vorsehen?

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein



C5.

**Staatliche Unterstützung für Berufsausbildung** Der Arbeitsmarkt steht vor tiefgreifenden Veränderungen (z.B. Automatisierung). Soll die Kantonsverfassung ein Grundrecht für Menschen ohne finanzielle Mittel vorsehen, um staatliche Unterstützung für eine Ausbildung im Hinblick auf die Integration oder Wiedereingliederung in die Arbeitswelt zu erhalten?

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein

C6.

**Stimmrechtsalter** Soll das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre herabgesetzt werden (das Recht in ein öffentliches Amt gewählt zu werden würde bei 18 Jahren belassen werden)?

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein



C7.

**Stimm- und Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Ausländerinnen und Ausländer**Sollen Ausländerinnen und Ausländer mit einer Niederlassungsbewilligung (Permis C), die seit mindestens einem Jahr im Kanton ihren Wohnsitz haben, das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene erhalten (ohne das Recht, in ein öffentliches Amt gewählt zu werden)?

Informationen zu den Bedingungen für die Gewährung des Permis C: <https://www.vs.ch/de/web/spm/autorisation-d-etablissement>

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein

C8.

**Passives Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Ausländerinnen und Ausländer**Sollen Ausländerinnen und Ausländer mit einer Niederlassungsbewilligung (Permis C), die ihren Wohnsitz seit mindestens einem Jahr im Kanton haben, das Recht erhalten, in ein Amt auf kommunaler Ebene gewählt zu werden (z.B. Gemeinderat)?

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein



C9.

**Volksmotion200 Stimmberechtigte können eine Motion zuhanden des Grossen Rates einreichen und damit eine Gesetzesänderung anstreben. Der Grosse Rat behandelt sie und kann sie dann annehmen oder ablehnen. Befürworten Sie die Einführung dieses neuen Instrumentes?**

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein

C10.

**Transparenz des politischen LebensDer Verfassungsrat hat einen allgemeinen Grundsatz zur Transparenz der Finanzierung des politischen Lebens genehmigt. Soll die Kantonsverfassung die konkreten Elemente, die von den politischen Parteien zwingend veröffentlicht werden müssen (z.B. Jahresbudgets und -rechnungen, Kampagnenbudgets und -rechnungen sowie die Identität der Personen, die sich massgeblich an ihrer Finanzierung beteiligt haben), detailliert darlegen?**

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein



C11.

**Elternurlaub Soll die Kantonsverfassung, mangels einer Regelung auf Bundesebene, einen kantonalen Elternurlaub einrichten?**

*Derzeit haben Frauen in der Schweiz Anspruch auf 14 Wochen Mutterschaftsurlaub und Männer auf 2 Wochen Vaterschaftsurlaub. Der kantonale Elternurlaub, dessen Dauer vom Grossen Rat festgelegt wird, wäre zwischen Mutter und Vater aufzuteilen und würde zusätzlich zu dem auf Bundesebene garantierten Minimum gelten.*

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein

C12.

**Einbürgerungsverfahren Sollen in allen Gemeinden des Kantons einheitliche, einfache und rasche Einbürgerungsverfahren gewährleistet werden, für die nur Verwaltungsgebühren erhoben werden?**

*Die ordentliche Einbürgerung setzt die vorherige Erlangung des Gemeindebürgerrechts voraus. Es ist daher Sache der Gemeinden, die Integrations- und Sprachkenntnisse sowie das Wissen über die Schweiz, das Wallis und die Region der einbürgerungswilligen Personen zu überprüfen.*

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein





C13.

**Doppelte Ausgaben- und Schuldenbremse** Die geltende Kantonsverfassung sieht eine Ausgaben- und Schuldenbremse vor (Art. 25). Soll dieses Instrument in seiner jetzigen Form beibehalten oder gelockert werden?

*Die Ausgaben- und Schuldenbremse verpflichtet dem Staat, den Haushalt und die Rechnung auszugleichen. Wenn es ein Defizit gibt, muss es im nächsten Budget ausgeglichen werden. Die gleichen Anforderungen gelten auch für die Investitionen.*

Beibehaltung

Lockerung

Abschaffung

C14.

**Individualbesteuerung der Privatpersonen** Derzeit werden Ehepaare gemeinsam besteuert: die Einkommen beider Ehepartner werden zusammengerechnet. Der Verfassungsrat hat einen Vorschlag für einen Systemwechsel bei der Besteuerung von Ehepaaren unterstützt. Demnach soll jeder Ehepartner eine eigene Steuererklärung ausfüllen und wird auf dieser Basis besteuert (Individualbesteuerung). Befürworten Sie einen solchen Systemwechsel?

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein



C15.

**Klimaneutralität Soll im Rahmen der Umsetzung geeigneter politischer Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ein Ziel der Klimaneutralität in der Kantonsverfassung verankert werden?**

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein

C16.

**Biologische Landwirtschaft Soll die Begünstigung umweltfreundlicher landwirtschaftlicher Tätigkeiten auch den Übergang zu einer biologischen Landwirtschaft umfassen, der in der Kantonsverfassung verankert werden sollte?**

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein



C17.

**Vertretung von Frauen und Männern in den politischen Behörden**Sollen in der Kantonsverfassung verbindliche Instrumente verankert werden, um eine ausgewogenere Vertretung von Frauen und Männern in den politischen Behörden zu gewährleisten?

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein

C18.

**Wahl des Grossen Rates: Unterwahlkreise**Der Grosse Rat wird derzeit nach dem Doppelproporz innerhalb von 6 Wahlkreisen gewählt, die in 14 Unterwahlkreise unterteilt sind. Der Verfassungsrat sieht eine Wahl nach dem einfachen Proporzsystem innerhalb von 6 Wahlkreisen vor, die um die Städte Brig-Glis, Visp, Siders, Sitten, Martinach und Monthey herum organisiert sind, ohne Unterwahlkreise. Befürworten Sie das vorgesehene System?

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein



C19.

**Grosser Rat: Anzahl Suppleantinnen und Suppleanten** Der Verfassungsrat hat beschlossen, die Anzahl der Abgeordneten von 130 beizubehalten, aber die Anzahl Suppleantinnen und Suppleanten auf 85 zu reduzieren, was einem Verhältnis von 2 Suppleantinnen und Suppleanten für 3 Abgeordnete entspricht. Wie viele Suppleantinnen und Suppleanten sollen Ihrer Meinung nach dem Grossen Rat angehören?

- Bei 130 bleiben (1 Suppleant/-in für 1 Abgeordneten)
- Reduzierung auf 85 (2 Suppleanten/-innen für 3 Abgeordnete)
- Reduzierung auf 65 (1 Suppleant/-in für 2 Abgeordnete)
- Abschaffung der Suppleantinnen und Suppleanten

neue Variante

C20.

**Grosser Rat: Quorum** Um im Grossen Rat Sitze zu erhalten, muss derzeit eine Partei in mindestens einem Wahlkreis, der an der ersten Sitzverteilung teilnimmt, ein Quorum von 8% erreichen. Der Verfassungsrat hat beschlossen, dieses Quorum herabzusetzen, jedoch ohne es abzuschaffen. Soll dieses Quorum herabgesetzt oder abgeschafft werden?

- Quorum zwischen 5 und 8%
- Quorum unter 5%
- Abschaffung des Quorums



C21.

**Wahl des Staatsrates** Derzeit zählt der Staatsrat 5 Mitglieder, die nach dem Majorzsystem gewählt werden. Wie viele Mitglieder soll der Staatsrat in Zukunft zählen und wie soll er gewählt werden? (*mehrere Antworten möglich*)

«Ohne Listenskrutinium» heisst, dass alle Kandidatinnen und Kandidaten auf dem gleichen Wahlzettel stehen und nicht auf Parteilisten.

- 5 im Proporzverfahren gewählte Mitglieder
- 5 im Majorzverfahren gewählte Mitglieder
- 5 im Majorzverfahren ohne Listenskrutinium gewählte Mitglieder
- 7 im Proporzverfahren gewählte Mitglieder
- 7 im Majorzverfahren gewählte Mitglieder
- 7 im Majorzverfahren ohne Listenskrutinium gewählte Mitglieder
- Keine Antwort

C22.

**Staatsrat: Sitzgarantie** Soll die Kantonsverfassung im Hinblick auf einen aus 7 Mitgliedern bestehenden Staatsrat garantieren, dass eine Mindestzahl von Mitgliedern aus dem Ober-, Mittel- und Unterwallis kommt?

- Keine Sitzgarantie
- Mindestens 1 Mitglied pro Region
- Mindestens 2 Mitglieder pro Region

C23.

**Staatsrat: Abberufung** Sind Sie für die Einführung eines Mechanismus in die Kantonsverfassung, der die Abberufung oder Amtsenthebung eines Mitgliedes des Staatsrates ermöglichen würde?

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein



C24.

**Interkommunale Zusammenarbeit auf Regionsstufe**  
Der Verfassungsrat sieht vor, dass in jeder Region eine Person für die interkommunale Koordination, die Verbindung zum Kanton und die Leitung der Konferenz der Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten zuständig ist. Diese Person würde den/die aktuelle Bezirkspräfekt/-in ersetzen. Wie soll diese Person gewählt werden?

Von der Bevölkerung der Gemeinden der betreffenden Region

Von den Präsidentinnen und Präsidenten der betreffenden Gemeinden

Von allen gewählten Gemeindevertreterinnen und -vertretern der betreffenden Region

Diese Funktion ist nicht notwendig

C25.

**Justizbehörden: Amtsdauer**  
Gegenwärtig unterliegen die Kantonsrichter/-innen und die Staatsanwälte/-innen einer periodischen Wiederwahl durch den Grossen Rat oder einer Verlängerung ihrer Ernennung durch ihre Institution. Der Verfassungsrat sieht vor, dass diese Personen in Zukunft für eine unbestimmte Zeit gewählt / ernannt werden, mit der Möglichkeit der Abberufung. Befürworten Sie diesen Vorschlag?

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein



C26.

**Friedensrichter/-innen Sollen die vom Volk gewählten Gemeinderichter/-innen durch professionelle Friedensrichter/-innen mit erweiterten Kompetenzen ersetzt werden, die von den Justizbehörden nach Kreisen (zu denen auch eine einzelne Gemeinde gehören kann) ernannt werden?**

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein

C27.

**Familiengericht Sollen die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) durch Familiengerichte mit erweiterten Kompetenzen in allen Bereichen, welche die Familie betreffen (Trennung, Scheidung, Adoption, Erbrecht, usw.), ersetzt werden?**

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein



C28.

**Umweltgerichtshof** Befürworten Sie die Schaffung eines kantonalen Umweltgerichtshofs, der über die wichtigen Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Umweltrecht und dem Naturschutzrecht sowie dem Schutz der Lebenswelt zu entscheiden hat?

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein

C29.

**Rechnungshof** Derzeit ist die Aufsicht über die öffentlichen Tätigkeiten Institutionen wie dem Finanzinspektorat und der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates übertragen. Soll zusätzlich zum Finanzinspektorat ein unabhängiges Organ zur Kontrolle der gesamten öffentlichen Tätigkeit (Rechnungshof), insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Wirksamkeit, geschaffen werden?

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein





C30.

**Generalrat**Befürworten Sie, dass Gemeinden mit mehr als 5'000 Einwohnerinnen und Einwohnern verpflichtet sind, einen Generalrat zu haben, ausser wenn die Wahlberechtigten durch Volksabstimmung darauf verzichten?

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein

C31.

**Burgerrat**Sollen die Burgerschaften, im Gegensatz zu heute, verpflichtet werden, einen vom Gemeinderat getrennten Burgerrat zu haben?

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein



C32.

**Verhältnis Staat-Kirchen** Der Verfassungsrat sieht vor, dass die römisch-katholische und die evangelisch-reformierte Kirche, wie heute, einen öffentlich-rechtlichen Status haben. Dieser Status berechtigt sie zu finanziellen Zuwendungen des Staates und einem privilegierten Zugang zu Institutionen und Behörden. Soll der Staat diesen Status anderen Religionsgemeinschaften verleihen können, wenn sie dies beantragen und unter bestimmten Bedingungen?

*Die Bedingungen für den Zugang zum öffentlich-rechtlichen Status für andere Religionsgemeinschaften würden insbesondere ihre Bedeutung, die Dauer ihrer Einrichtung, die Achtung der demokratischen Grundsätze und die finanzielle Transparenz sein.*

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein

C33.

**Andere Religionsgemeinschaften** Wenn der Status einer juristischen Person des öffentlichen Rechts der römisch-katholischen Kirche und der evangelisch-reformierten Kirche vorbehalten bleibt, soll der Staat anderen Religionsgemeinschaften den Status des öffentlichen Interesses verleihen können, wenn ihre gesellschaftliche Bedeutung es rechtfertigt?

*Die Anerkennung anderer Religionsgemeinschaften ist insbesondere mit ihrer Bedeutung, der Dauer ihrer Einrichtung, der Achtung der demokratischen Grundsätze und der finanziellen Transparenz verbunden. Der Status des öffentlichen Interesses berechtigt nicht zu finanziellen Beiträgen, gewährt aber beispielsweise den betroffenen Gemeinschaften ein Recht auf Konsultation und die Einsetzung von Seelsorgern in Gefängnissen und Krankenhäusern.*

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein



C34.

**Weitere Bemerkungen**Haben Sie weitere Bemerkungen? Sie haben die Möglichkeit, hier allgemeine Bemerkung oder einen Kommentar zu anderen Grundsätzen abzugeben, die nicht Gegenstand einer Frage in diesem Fragebogen sind.

Der Verein Region Oberwallis umfasst alle 63 Oberwalliser Gemeinden. Als politisches Gewissen der Region beschäftigt sich der Verein mit einer Vielzahl von Themen und Dossiers. Die RW Oberwallis AG nimmt die Geschäftsführung des Vereins wahr.

Die Stellungnahme des Walliser Gemeinde diene als wichtige Grundlage für die oben vorliegende Stellungnahme des Vorstands des Vereins Region Oberwallis und wird hiermit auch unterstützt.

Der Vorstand des Vereins Region Oberwallis wünscht zudem, dass die Verfassung schlanker gehalten wird, d.h. dass der Umfang und Detaillierungsgrad reduziert wird. Viele Grundsätze gehen zu weit (z.B. Berufsbildung) und sind nicht immer adressaten- und stufengerecht, bzw. die Themen müssen auf Gesetzesebene geregelt werden.

**Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme! Die Ergebnisse dieser Vernehmlassung werden an die 10 thematischen Kommissionen des Verfassungsrates weitergeleitet, mit dem Ziel, ihre Arbeit bei der Erstellung des Vorentwurfs der neuen Verfassung im Frühjahr und Sommer 2021 zu leiten. Dieser Vorentwurf wird dann im Herbst/Winter 2021 Gegenstand einer ersten Lesung durch das Plenum des Verfassungsrates sein.**